Einzelpreis 10 Pfg • Jahrgang 2 | Montag, den 12. Mai 1919 | Nummer 226 • Abend-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postbezug ohne Bestellgebühr monatl. 2,50 M., bei Zustellung unter Streifband 4,50 M. Die „Freiheit" ist in der ersten Nachtrag der Postzeitungsliste für 1919 eingetragen.

Redaktion: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Inserate kosten für achtgespalt. Nonpareillezeile oder deren Raum 80 Pf., „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 60 Pf., jedes weitere Wort 30 Pf. Teuerungszuschlag 50 Proz. Familien- und Vereinsanzeigen 25% der Zuschlag fort. Inserate für den darauf folgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19
Fernsprecher: Amt Norden 9768

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Vor neuen Blutbädern?

Der Noskesieg in Leipzig.

Noske hat wieder einmal gesiegt. Nach Jena, nach Halberstadt jetzt in Leipzig. Die Besetzung der Stadt durch die Weißen Garden wird von den offiziellen Berichten als ein großer Sieg hingestellt. Ein ungeheuerlicher militärischer Apparat ist gegen die friedliche Stadt aufgeboten worden. Etwa 20 000 Mann sind von allen Seiten in Leipzig eingedrungen und haben, ohne daß sich ihnen jemand widersetzt hätte, die Stadt besetzt. Die „Erfolge", die sie erzielt haben, bestehen darin, daß sie drei rote Fahnen entfernt, die „Leipziger Volkszeitung" und das Leipziger Volkshaus besetzt und eine Reihe von Genossen verhaftet haben.

Dieser „Sieg" wird jedoch ganz anders ausschlagen, als Noske wohl gehofft hat. Die revolutionäre Bewegung in Leipzig wird dadurch nur angefeuert werden. Maercker kann den Leipziger Arbeiterrat auflösen, wie er angekündigt hat, und die Neuwahl nach den Richtlinien des Zentralrates ausschreiben. Es fragt sich, nach welchen Richtlinien. Die Wahl des Leipziger großen Arbeiterrates ist nach den Grundsätzen erfolgt, die der zweite Rätekongreß beschlossen hat. Soll er etwa jetzt nach Grundsätzen neugewählt werden, die im Widerspruch zu den Beschlüssen des zweiten Rätekongresses stehen? Auch das würde den gegenrevolutionären Offizieren und Bourgeois in Leipzig nicht die Möglichkeit geben, die Leitung des Leipziger Arbeiterrates den Händen der Unabhängigen Sozialdemokratie zu entreißen. Die Leipziger Arbeiterschaft steht in ihrer überwältigenden Mehrheit auf revolutionär-sozialistischem Boden, ihre revolutionäre Gesinnung und ihre Kampfbegeisterung wird durch die Besetzung Leipzigs nur noch anwachsen.

General Maercker handelt im Einverständnis mit der sächsischen Regierung. Diese Regierung hat damit ihre Position noch mehr unterwühlt. Eine Regierung, die sich lediglich auf die Bajonette von Weikgardisten stützt, die größte Stadt des Landes in der Nacht von einer gegenrevolutionären Armee überfallen läßt, der es für nichts gilt, daß sie durch eine derartige Maßnahme die Gefahr eines ungeheuren Blutbades heraufbeschwört. Eine derartige Regierung wird nur noch solange leben, als die gegenrevolutionäre Offizierskamarilla es ihr noch gestattet, oder bis die Empörung der Arbeiterschaft sie mitsamt dieser Offiziersclique hinwegfegt.

Das Beispiel von Bayern hätte die Gradnauer und Konsorten warnen sollen. Deutschland steht unmittelbar vor einem gegenrevolutionären bürgerlichen Militärputsch. Die ministeriellen Rechtssozialisten, die die Noskebanden gegen die Arbeiterschaft loslassen, liefern der Offiziierskamarilla die Waffen, neue Gelegenheit zur Durchführung ihrer Pläne. Leipzig ist das Vorspiel zu Größerem. Die ersten aber, die davon zerschmettert werden, werden die rechtssozialistischen Regierungsmänner sein.

Verletzung der Immunität.

Die Nosketruppen in Leipzig denken gar nicht daran, die durch die Verfassung garantierten Rechte zu beachten. Obwohl die Abgeordneten der Nationalversammlung volle Immunität genießen, Haussuchungen oder gar Verhaftungen unzulässig sind, haben die Noskeleute gestern in der Wohnung der Abgeordneten Friedrich Geyer und Kurt Geyer Haussuchungen erzwungen. Bei dem Abgeordneten Kurt Geyer war die Frau anwesend. Sie wurde sogar mit dem Revolver bedroht!

Der Siegesbericht Maerckers.

Leipzig, 11. Mai.

Die Unternehmung der Regierungstruppen gegen Leipzig ist beständig geglückt. An den Operationen, die bis zur letzten Stunde geheim gehalten worden waren, so daß selbst Eisenbahnbeamte nichts davon wußten, nahmen Truppen aus Berlin, Braunschweig, Halle, Merseburg, Naumburg, Weimar und auch von den in München verwendeten teil. Die Truppen waren in der Nacht unter Vorausfahrt von Panzerzügen auf den verschiedenen Vorortbahnhöfen Leipzigs eingetroffen und hatten dann sofort den konzentrischen Vormarsch auf die innere Stadt angetreten. Ernstlichen Widerstand haben sie nirgends gefunden, so daß, soweit bisher feststeht, nur zwei Verwundete zu beklagen sind. Alle wichtigen öffentlichen Gebäude, ferner die „Leipziger Volkszeitung" und das Volkshaus, wurden sofort stark besetzt. Die Leipziger Sicherheitswehr wurde unblutig und ohne Widerstand entwaffnet; sie wird zur genauen Feststellung der Personalien in den Kasernen festgehalten. Mehrere Führer der Unabhängigen und Spartakisten sind verhaftet worden. Der Vorsitzende des Leipziger Arbeiterrats Dr. Geyer soll sich in Berlin aufhalten. Der Arbeiterrat soll aufgelöst und Neuwahlen auf der Grundlage der Richtlinien, die vom Zentralrat der sozialistischen Republik in Berlin aufgestellt sind, ausgeschrieben werden. Die seit der Revolution auf dem Augustusplatz und vom Rathausturm wehenden roten Fahnen sind verschwunden. Ein vom General Maercker, dem Vertreter der sächsischen Regierung und dem Oberbürgermeister unterzeichneter Aufruf weist die Bevölkerung auf den Ernst der Lage des Reiches hin und fordert die Arbeiterschaft auf, weiter zu arbeiten. Sollte es dennoch zu Streiks oder zum Generalstreik kommen, so sollen die Arbeitswilligen geschützt und der Betrieb der Gas- und Elektrizitäts- und Wasserwerke sichergestellt werden. Durch die Straßen der Stadt zogen eine ungeheure Menschenmenge. Die Ordnung wird durch starke Patrouillen aufrecht erhalten. Zu ernstlichen Zwischenfällen war es bis zum Abend nicht gekommen.

Wilde Schießereien der Noskegarden.

Leipzig, 12. Mai.

Die Maerckertruppen gehen gegen die Leipziger Bevölkerung in der rigorosesten Weise vor. Ueberall, wo sich kleine Ansammlungen bilden, beginnen sie zu schießen. Vor dem Leipziger Hauptbahnhof gaben sie auf eine große Menschenmenge, die gegen die Verhaftung von zwei Matrosen protestierte, Maschinengewehrfeuer ab. Sie scheinen Zwischenfälle provozieren zu wollen, um ihr Vorgehen gegen Leipzig zu rechtfertigen.

Alle Vorbereitungen sind getroffen.

München, 11. Mai.

Die Korrespondenz Hoffmann meldet: Die letzten Nächte verliefen ruhig. In der Au wurde ein großes Lager militärischer Waffen entdeckt. Von den Spartakistenführern sind Egelhofer, Lautauer, Sontheimer tot, Maenner, Nickisch und Frohner verhaftet. Das Gerücht, daß Teile der Regierungstruppen auf Drängen der bayerischen Regierung aus der Stadt herausgezogen wurden, entbehrt jeder Begründung. Die in die Umgebung Münchens verlegten Truppenteile haben vielmehr die Aufgabe, nunmehr auch im weiteren Umkreis der Stadt die Säuberung von Spartakisten und die Waffenablieferung durchzuführen. Es sind dabei alle Vorbereitungen getroffen, um jedes Aufkeimen spartakistischer Bewegungen in der Stadt selbst im Keime zu ersticken. Die Bevölkerung Münchens kann mit voller Sicherheit ihrer Beschäftigung nachgehen. Die Waffenablieferung hat bis zum 10. Mai folgendes Ergebnis gezeigt: 189 Feldgeschütze, 11 schwere Geschütze, 780 Maschinengewehre, 21 351 Gewehre, Karabiner und Pistolen, 800 000 Handgranaten und 8 Millionen Infanteriepatronen. Wie das bayerische Schützenkorps erfährt, ist der Spartakist Klingelhöfer in Bamberg verhaftet worden. Der Minister der Finanzen der gewesenen Räterepublik Maenner wurde am 8. Mai abends verhaftet.

Es sind also „alle Vorbereitungen getroffen", um wie in Leipzig so auch in München der ganzen Welt zu zeigen, daß der deutsche Militarismus wieder in voller Blüte steht. Und da man auch Rechtssozialisten, wie den früheren Minister Kiesisch, zu den „Spartakisten" rechnet, so wird es den Weißen Garden an Gelegenheit zur Verübung neuer Heldentaten nicht fehlen.

Internationaler sozialistischer Ausschuß.

Versailles, 11. Mai.

„Populaire" meldet: Der internationale sozialistische Ausschuß setzte gestern nachmittag und heute vormittag seine Arbeiten aufs Rührigste fort, prüfte die Vertragsbestimmungen eingehend und erörterte die Ausarbeitung einer Kundgebung, deren Abfassung einem Unterausschuß bestehend aus Ramsey Macdonald, Stuart Bunning und Renaudel übertragen wurde. Ein Unterausschuß, bestehend aus Henderson, Huysmans und Longuet wurde beauftragt, neue Sanktionen der Internationalen endgültig in allen Einzelheiten auszuarbeiten, es wurde beschlossen, eine möglichst baldige Unterredung mit dem Viererrat zu fordern. Der Ausschuß erörterte ferner die Entsendung einer Abordnung nach Deutschland, Italien und der Schweiz.

Gewalt und Einsicht.

Schwer lasten die harten Friedensbedingungen auf dem deutschen Volke. Die Furcht und das Mißtrauen vor dem gewaltätigen Militarismus hat den Imperialisten der Entente die Möglichkeit gegeben, diese drückenden Friedensbedingungen vor ihren eigenen Völkern als berechtigt und notwendig hinzustellen. Diese Schuld des alten deutschen Militarismus wird so zur Buße für das deutsche Volk. Aber an den alten Sünden haben die Militaristen nicht genug. Neue türmen sie auf ihr Haupt, deren Folgen wiederum von der Masse des Volkes ausgekostet werden müssen.

Die Reichsregierung ruft nach der Einheit des Volkes. Sie möchte, daß der Protest der Massen gegen die drückenden Bestimmungen des Friedensvertrages einhellig erhoben werde. Aber der schrillste Mißklang geht von ihr selber aus. Auch jetzt noch stützt sie sich auf Belagerungszustand und Standrecht. Kuriose Dinge, durch die die Macht den alten Militaristen in die Hände gespielt und so dem Auslande gezeigt wird, daß dieser verbrecherische Militarismus, dem die Völker das Unglück der Jahre 1914—1918 verdanken, lebt und sich kräftig rührt. Noskes Garden sind gestern früh in Leipzig eingezogen. In eine völlig ruhige Stadt, in der sich seit Beginn der Revolution noch nicht ein einziger Zwischenfall ereignet hat. Eingezogen, wie die bürgerliche Presse berichtet, und ausgerüstet, als wenn es sich um die Eroberung einer stark verschanzten feindlichen Festung handelt, eingezogen, obwohl der Oberbürgermeister dieser Stadt und mit ihm ein kleiner besonnener Teil des Bürgertums, diesen Schritt als verhängnisvoll für Ruhe und Sicherheit der Stadt erklärt haben.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß dieser neueste Streich der Militaristen den Versuch Deutschlands, die Friedensbedingungen zu mildern, außerordentlich erschweren wird. Noch vor wenigen Tagen waren viele neutrale Ausländer zur Messe in Leipzig. Sie überzeugten sich dort davon, daß nichts die Ruhe und Sicherheit der Bürger bedroht. Wenn jetzt die Nachricht zu ihnen dringt, daß ein Heer von 20 000 schwerbewaffneten und mit den modernsten Errungenschaften der Kriegstechnik ausgerüsteten Söldnern in diese ruhige Stadt eingedrungen ist, so werden auch sie darin einen Beweis erblicken, daß der alte Militarismus kühner denn je das politische Leben Deutschlands beherrscht.

Ist der Einmarsch der Regierungstruppen nach Leipzig im gegenwärtigen Augenblick von der Reichsregierung gebilligt worden, so hat sie damit ein Verbrechen am deutschen Volke begangen, das erkennen läßt, daß ihr die Aufrechterhaltung ihrer Gewaltherrschaft mehr am Herzen liegt, als die Milderung der Friedensbedingungen durch die Entente. Haben aber die Militärbefehlshaber gegen den Willen der regierenden Truppen den Einmarsch nach Leipzig erzwungen, so wird die Entente mit dem allergrößten Recht daraus die Folgerung ziehen, daß nichts anderes die Militärherrschaft in Deutschland beseitigen könne, als der Druck von außen.

Aber schon häufen sich die Stimmen auch im rechtssozialistischen Lager, die erkennen, daß die grausamen Friedensbedingungen der Entente zu einem großen Teil auf das Schuldkonto des in Deutschland wieder erstarkten Militarismus zu setzen sind. In einer bemerkenswerten Entschließung hat das am Freitag eine Versammlung von Rechtssozialisten in Berlin zum Ausdruck gebracht. Der Verlauf dieser Versammlung war nach mehreren Richtungen hin außerordentlich bemerkenswert. Ihre Einberufung war zwar durch die Bezirksleitung der S. P. D. erfolgt, sie faßte aber Beschlüsse, die im schärfsten Widerspruch zu der offiziellen Stellung der S. P. D. stehen. Von allen Rednern wurde in dieser Versammlung anerkannt, daß die freiwilligen Truppen eine außerordentlich ernste Gefahr für den Bestand der sozialistischen Republik darstellen. Sie anerkannten, daß die alten Militaristen das Bestreben haben, alle Sozialisten aus den Freiwilligenkorps zu entfernen. Sie schilderten Einzelheiten aus der Entwaffnung des Regiments Liebe, einer zum Schutze der Regierung in den Januartagen von Sozialisten gebildeten Truppe, die bestätigten, daß der Handstreich gegen die Truppe geführt worden ist, einzig weil diese Truppe aus Sozialisten zu-

zusammengesetzt ist und kein willfähriges Element der verbrecherischen Militärkamarilla ist. Im Gegensatz zu dem Beschluß der Funktionäre der S. P. D., der sich für den Eintritt in die Freiwilligenkorps aussprach, erklärte diese Versammlung, daß die sozialistischen Mitglieder der Koalitionsregierung dem Treiben der Offiziersoldateska machtlos gegenüberstehen, und daß die von ihr beherrschte Truppenmacht zu konterrevolutionären Zwecken benutzt werden solle. Sie wünscht deshalb Beseitigung der Freiwilligenkorps und beschloß:

Die Versammlung sieht die einzige Rettung für die sozialistische Sache, wie für Deutschland überhaupt in der Bildung einer rein sozialistischen Regierung, die allein den konterrevolutionären Militarismus überflüssig machen und damit ein wichtiges Hemmnis für die Einigung der Bruderparteien beseitigen kann.

Noch kräftiger regt sich die Opposition in der rechtssozialistischen Partei in Hamburg. Auf einer Tagung der Landesorganisation der sozialdemokratischen Partei Hamburgs hielt der Redakteur des „Hamburger Echo", Schiller, eine Rede, über die das „Hamburger Echo" an leitender Stelle ausführlich berichtet. Die Rede Schillers ist ein scharfe Abrechnung mit der Haltung der rechtssozialistischen Führer. Sie unterstreicht alles, was in dieser Hinsicht oftmals von uns gesagt worden ist. Schiller bekannte sich zu der Anschauung, daß die Ueberspanntheit des sozialistischen Extrems nicht erfolgreich bekämpft werden könne durch gewaltsames Niederschlagen, sondern nur durch sozialistischen Anschauungsunterricht. Er kommt deshalb zu folgender Feststellung:

„So bitter es ist, es muß um der Partei willen ausgesprochen werden, daß die sozialistisch-demokratische Politik von Weimar auch die große Mehrheit der Partei immer unbefriedigter läßt und die Begeisterung und die Stimmung immer tiefer drückt."

Verhängnisvoller aber als die Haltung der Partei während des Krieges betrachtet er deshalb ihre jetzige Haltung.

„Heute aber kann die Partei gewisse Erscheinungen der Politik der sozialistisch-demokratischen Regierung nicht mehr decken und unsere Vertrauensmänner im Kabinett, die doch dort in der Mehrheit sind, können sie auch nicht mehr schlüssig begründen. Sie haben sich in die sozialistische Defensive drängen lassen und haben sich gegen den stillen Terror der Reaktion nicht annähernd so schneidig gewehrt wie gegen den Terror der Kommunisten. Diese Politik kann uns verhängnisvoll werden, weil sie den Schwung der Fraktion und der Gesamtheit lähmen muß."

Im Gegensatz zu den Schönfärbern im rechtssozialistischen Lager übt Schiller schärfste Kritik an allen „Taten" der jetzigen Regierung und seiner Parteifreunde. Der Verfassungsentwurf der Regierung sei schwächlich und sei die erste große Weimarer Enttäuschung auch in der Mehrheit gewesen. Der „armselige Entwurf" für einen Staatsgerichtshof sei ohne Bedeutung, und die Regierungsvertreter hätten sich einen „solchen Wisch" nie in die Hand drücken lassen dürfen. Schiller geißelt ferner die Untätigkeit der Regierung in der Frage der Sozialisierung. Die Abschiebung der Sozialisierungskommission sei mehr als eine Torheit, sie sei ein Intrigenspiel der Geheimratscliquen. „Wenn gleich nach Abschiebung dieser Regierungskommission die Regierung mit dem eigenen Kohlengesetz beweisen wollte, daß sie selbst es besser machen könne, so wird diese Auffassung in der Partei kaum allgemeine Zustimmung finden." Schiller kritisiert auch scharf die Stellungnahme der Regierung in der Entschädigungsfrage. Nach seiner Meinung sei es für die rechtssozialistischen Mitglieder nötig gewesen, hierbei die Kabinettsfrage zu stellen. Denn mit dieser von der Regierung beschlossenen „Sozialisierung" könnten sich auch die Kapitalisten aussöhnen. Der schwerste Vorwurf, der der Regierung aber gemacht werden könne, sei die Nichtregistrierung sämtlicher Vermögen, wodurch die Kapitalisten die Möglichkeit gehabt hätten, ihren Besitz auf die Seite zu bringen.

Aus all diesen Tatsachen zieht Schiller folgenden Schluß:

„Die Politik der Partei muß sich freimachen von der jetzigen Politik der Koalitionsregierung. Wir können immer schwerer und stellenweise gar nicht mehr die Verantwortung für diese Politik übernehmen. Wir kommen zu diesem Fazit nicht aus irgendwelcher Gefühlsanwandlung oder Verbeugung vor der radikalen Phrase, sondern aus der klaren Erkenntnis heraus, daß die jetzt beschrittene Bahn wegen des Mangels an sozialistischer Konsequenz abwärts und nicht aufwärts führen kann. Um der großen deutschen Sozialdemokratie, mehr aber noch um des Sozialismus willen müssen wir zur Sammlung blasen, müssen wir nüchtern und ehrlichen Willens eine Bilanz aufmachen über das, was getan wurde und was dabei für den Sozialismus getan wurde. Die Blütenlese der Fehler, die hier zusammengestellt worden ist, soll zum Lernen dienen. Es geht nicht an, nur die Fehler immer wo anders zu sehen und die eigenen als unbedeutend für das ganze Werk auszulegen. Was hier skizziert worden ist, sind Dinge, die unsere politische Macht erschüttert zeigen und die infolgedessen auch die Macht zum Sozialismus einschrumpfen lassen. . . .

Das Ziel dieser Revolution ist der Sozialismus. Es zu erreichen, sind demokratische Kompromisse denkbar und keine Sünde. Es müssen aber Kompromisse sein, bei denen die Volksherrschaft und der Sozialismus nicht gefährdet sind. Und diese Gefährdung ist augenblicklich in der Tat vorhanden. Sie kann beseitigt werden durch eine festere Bekennerpolitik, die das Vertrauen der Massen wieder auf die große einheitliche Linie zum einheitlichen Ziel führt. Das kann gar nicht ausbleiben, wenn durch die festere Bekennerpolitik die Vertrauensgrundlage wieder hergestellt wird, wie sie früher vorhanden war. Ist sie wiedergewonnen, dann gehen die Arbeiter jauchzend wieder Hand in Hand der Sonne zu. Sie hassen die Selbstzerfleischung und die Zersplitterung aus tiefster Seele. Und die Führer die gegen die Einigung des Proletariats ihren spitzfindigen Eifer verspritzen, sind die sicher am wenigsten respektierten. Kommen aber kann diese Vertrauensgrundlage erst dann, wenn wir alle das sittlich tiefste Verantwortlichkeitsgefühl wieder in uns lebendig werden lassen: Aus unseren Fehlern zu lernen. Lernen die beiden sozialistischen Hauptgruppen in dieser Richtung, dann kann das Wiederzusammenfinden und die Lösung dieser und jener taktischen Frage nicht schwer werden. Dann wird sich aber auch bald die Spreu vom sozialistischen Weizen sondern. Die Schwarmgeister und die sozialistischen Eintagsfliegen werden isoliert und nicht mehr verstärkt durch die Verzweifelnden. Das Kampffeld wird klarer und freier und die Arbeit unserer Vertrauensmänner in der Regierung, die keineswegs ewig Scheidemann, Landsberg und Noske zu heißen brauchen, wird ebenfalls freier und stärker, weil wir, die Massen, weil deren neues Vertrauen ihr Rückgrat, ihre Seele, ihre Begeisterung sind."

So wird also auch im rechtssozialistischen Lager die Erkenntnis immer stärker, daß die Koalitionsregierung und die Gewaltpolitik des Militarismus nicht dem Sozialismus entgegenführt, sondern dem völligen Zusammenbruch. Wann werden die entsprechenden Taten aus dieser Erkenntnis gezogen werden?

Wir müssen unterzeichnen.

Für die Unterzeichnung des Friedens tritt Herr v. Gerlach in der „Welt am Montag" ein. Er zitiert zunächst den offenen Brief, den Prof. Lavisse im „Temps" an die deutsche Friedensdelegation gerichtet hatte:

„Wir sind erstaunt, unter Ihnen keinen der Männer zu sehen, die, vor dem Kriege und während des Krieges, ihre Haut zu Markte getragen haben, um gegen die Politik der Regierung Wilhelms II. zu protestieren, keinen, der die Verantwortung Deutschlands für den Krieg und deshalb die Notwendigkeit der Wiedergutmachung zugegeben hätte. Mit solchen Männern hätte man sich unterhalten, diskutieren, wahrscheinlich sogar sich verständigen können. Aber Sie, meine Herren, wer sind Sie?"

Gerlach weist dann auf die Schwere der Friedensbedingungen hin, auf die Notwendigkeit, durch Verhandlungen Milderungen zu erreichen, und kommt zu folgendem Schluß:

Und wäre es vergeblich, bliebe alles ungefähr so, wie es uns jetzt vorliegt — ich würde dennoch unterschreiben. Ich würde es tun mit dem Gefühl, daß ich meinen Namen unter ein nicht nur für Deutschland, sondern für die ganze Welt verhängnisvolles Schriftstück setze. Ich würde offen auf die meiner Ansicht nach unvermeidlichen Folgen hinweisen, ich würde erklären, daß wir als ehrliche Leute uns zwar bemühen würden, den Vertrag zu erfüllen, aber das deutsche Volk dessen einfach nicht fähig hielten. Daß wir uns der Gewalt beugten, aber die volle Verantwortung denen zuschöben, die auf die Gründe der Vernunft nicht hören wollten.

Krieg können wir nicht mehr führen. Jeder Gedanke daran ist Wahnsinn.

Nichtunterzeichnung bedeutet einen Freibrief an die Entente: macht mit uns, was ihr wollt; nehmt unser Ruhrrevier; besetzt unsere Häfen; sperrt uns jede Lebensmittelzufuhr! In zwei Monaten hungern wir dann nicht bloß, dann verhungern wir buchstäblich.

Wer nicht unterzeichnet, der kommt mir vor wie der Soldat, der aus Angst vor einer lebensgefährlichen Offensive Selbstmord begeht.

In zwölfter Stunde appellieren wir an die Sozialisten und Pazifisten aller Länder, an die Vernunft der gegnerischen Regierungen.

Ist der Appell vergeblich, dann nimmt das Unheil seinen Lauf. Dann müssen wir das bedingte Todesurteil unterzeichnen, um dem unbedingten zu entgehen. Dann bleibt uns nur noch der Völkerbund.

Er ist in der uns heute aufgenötigten Form ein bloß zweifelhaftes Instrument der Völkerverständigung, die durch Siegerstimmung verzerrte Fratze eines menschheitserlösenden Gedankens. Aber er ist entwicklungsfähig. Er ist das, wozu ihn seine Teilnehmer machen. Wenn die englische Koalitionsregierung durch die Herrschaft der Arbeiterpartei und der Asquith-Liberalen ersetzt wird (und die Ergebnisse der Ersatzwahlen beweisen die rapide Linksentwicklung in England), wenn in Frankreich die Redakteure der „Humanité" zur Macht gelangen, dann kann der Völkerbund als der einzige Souverän der Zukunft friedlich das an dem Versailler Frieden korrigieren, was den 14 Punkten Wilsons ins Gesicht schlägt.

Wir wollen keine Revanche. Wir wollen nur Revision des Friedensvertrages. Wenn es geht, bei seinem Abschluß. Wenn nicht, dann nachher.

Was aber habt ihr getan?

Der „Vorwärts" setzt nach der Rückkehr seines Chefredakteurs aus Versailles die Hetze gegen die französischen Sozialisten fort. Er läßt sich aus Versailles eine Reihe von Preßstimmen telegraphieren, die durch ihre Gruppierung den Anschein erwecken sollen, als ob die französischen Sozialistenblätter ihren Widerstand gegen den Gewaltfrieden aufgeben und dem deutschen Proletariat unter Vertröstung auf die kommende Weltrevolution empfehlen wollten, den Bedingungen zuzustimmen. Wir wissen, daß unsere Genossen alles tun, was sie unter den gegebenen Umständen tun können. Selbst wenn die französischen Sozialisten nicht energisch genug den imperialistischen Plänen der Ententeregierungen widerstrebten, so ist es doch geradezu schamlos, wenn der „Vorwärts" sich jetzt zum Ankläger aufwirft. Was hat dieses Blatt, was haben die rechtssozialistischen Führer getan, als die deutsche Regierung die Gewaltfrieden von Brest-Litowsk und Bukarest abschloß? Sie haben ihnen entweder zugestimmt oder sie stillschweigend gebilligt. Nicht genug damit, sie haben auch noch nachher alle Kriegskredite bewilligt und damit die

Der Kinderfreund.

(Kammerspiele des Deutschen Theaters.)

Der etwas kühle Achtungserfolg, den Mechtilde Lichnowsky mit ihrem neuen Schauspiel „Der Kinderfreund" in den Kammerspielen des Deutschen Theaters erzielte, wird ihrem Wollen nicht ganz gerecht. Es kommt aus der Weisheit eines Herzens, dem gerade die Bühne nicht den rechten Widerhall gibt. Das liegt nicht an der Aufführung, die allen künstlerischen Anforderungen in der Hauptsache genügte. Dieses Drama der lyrischen Dichterin predigt nicht nur soziale Pädagogik; es hat nicht nur Spott und Anklage, es hat auch die sanfte Lehre, das Ethos kindlich biblischer Geschichten. In seinem Helden, dem 40jährigen Studenten der Medizin Vincent Veit, der das Gehetztsein und das Zuchthaus kennt, der die Kinder wahrhaft liebt und auch die Verstocktesten mit behutsamer Güte gewinnt, lebt etwas vom Geiste Emanuel Quints. Auch ihn nennen die Leute „übergeschnappt". Und wie draußen, so fehlt dem Publikum, das mit allenfalls literarischem Anstrich doch nur unterhalten sein will, im Theater doch schon ganz und gar Besinnlichkeit und Andacht.

Nicht als ob das Lichnowskysche Schauspiel von sich allein aus einen festen Bühnenplatz ausfüllen könnte. Es steht nicht, wie Else Lasker-Schülers „Wupper" jenseits aller Technik des Dramas, sondern es hat die deutlichen Mängel eines oft nicht zum heißersehnten Theaterziel gelangenden Szenenbaues. Manches ist sicher geschaut und wirksam gepackt, anderes läuft ziellos daneben. Das Schönste erschließt sich erst bei der Lektüre des Buches, dem die Worte aus Dostojewskis „Idiot" voranstehen: „Ich wollte den Kindern mein ganzes Leben widmen . . . ich habe viel dort zurückgelassen, jetzt gehe ich zu den Erwachsenen."

Dichterischer Glanz spielt über den Häuptern ihrer Gestalten, die anklagen, aufrütteln, belehren sollen: Alles geht durch die Liebe. Nicht einschüchtern soll die Erziehung, nicht beherrschen, auslachen und beschämen, sondern Mut machen. Statt Willkür und Laune sollen die Kinder von den Großen Ermessen und Prüfen lernen. Mit der Liebe nicht spaßen lassen! Unsere Fehler werden ja nur von den Kindern bereut, nur von ihnen gebüßt. Kindersinne sind gespannt zum Aufnehmen, und jedes Bild wird in ihren Gehirnkammern aufgehängt. Das sind gewiß keine neuen Erkenntnisse, und ähnlich steht es — wenn auch nicht im Katechismus — in manchem pädagogischen Lehrbuche. Aber die Praxis? Im „Kinderfreund" hat Mechtilde Lichnowsky ihr den Spiegel vorgehalten und über dem Abbild der rauhen Wirklichkeit tönt eine gute, milde Stimme, wölbt sich ein poetischer Himmel und eine Brücke zu reinerem, höherem Menschentum, das sich nicht auf verknöchertem Zwang der Schule, sondern auf der verstehenden Liebe zu den Kindern gründet.

In der Aufführung kommt Raoul Aslan in der echten Moissi-Rolle des „Kinderfreundes" der dichterischen Gestalt mit Takt und Wärme ehrlich nahe; Helene Thimig ist eine Ziegenhirtin, die aus mägdlich dumpfer Scheu in ophelienhaft rührender Verklärung erwacht und stirbt. Johanna Terwin als junge Lehrerin und Friedrich Kühne als alter Lehrerbureaukrat, Blandine Ebinger und Margarete Schlegel als halbwüchsige, charakteristische Schulkinder sowie die meisten anderen Mitwirkenden sind (unter Spielleitung Felix Holländers) anerkennenswert.

E. B.

Der politische Dichter.

Die jungen Dichter sind aktiv geworden. Eine neue Generation. Sie lieben die Freiheit und das Volk und sprechen es unverhüllt laut aus. Der neue Geist der Dichtung und Erhebung schwingt das revolutionäre Banner über dem Gewühl des Tages, wirft ein Panier über die Völker. Wie anders war es noch vor zehn Jahren im erlauchten stillen Kreise Stefan Georges, der zu dem Engel seines Dichtertums weltabgewandt betete: „Verschließ mich ganz in Deinem Heiligtume!" Aber auch er sagte schon im „Jahr der Seele" und im „Teppich des Lebens", nur aus der Ferne auf die erregte Menge blickend: „Doch manchmal bricht aus ihnen edles Feuer, und offenbart dir, daß ihr Bund nicht schände, dann sprich: In starker Schmerzgemeinschaft Euer, ergreif ich Eure brüderlichen Hände." Aber er blieb ein Einsamer im Leben, mit nur wenigen im Bunde. Altarflamme und Opferrauch. . . .

Grell und kühn stürmt der junge Dichter Walter Hasenclever mit den anderen voran, dem Volke enger verwandt, wenn auch im Sprachlich-Dichterischen bei aller reich sprudelnden Produktion kein vollendeter Schöpfer. Er trug im Beethovensaal eine Auslese lyrischer und politischer Gedichte (teilweise noch Manuskript) angesichts einer literarischen Schar begeisterter Anhänger vor. Er ist ein feierlicher guter Sprecher seiner Verse, in denen Anbetung, Weltgefühl und hohe Magie glühen. In die lyrischen Elemente mischen sich bei ihm oft ganz unvermittelt die Wirklichkeitsreflexe rasenden Erlebens, im Auto, auf dem Pflaster der Großstadt oder im Zimmer der Dirne. Mag der artistische Ausdruck darunter leiden oder das Elementare im herkömmlichen und bisweilen gesuchten Reimgefüge sich verfangen — der Dichter „träumt nicht mehr in blauen Buchten", er fühlt im aufrüttelnden Geschehen unserer Tage sich verantwortlich als Träger und visionärer Künder der radikalen Idee politisch-menschheitlichen Befreiung. Jaurès Tod und Auferstehung wird ihm zum Gedicht und von der Revolution läßt er Tote sprechen:

Wann werdet ihr Minister, Generäle,
Am Galgen, den ihr uns errichtet habt,
Mit gelber Angst der ausgedörrten Seele
Selbst pendeln auf dem Grabe, das ihr grabt?

Wann wirst du feige, losgelassene Meute
Im Mord ersäuft, den deine Feder preist?
Ihr, die euch mästet an des Todes Beute,
Wo ist das Tier, das euch in Stücke reißt?

Beim Morde Liebknechts schleudert Hasenclever den Schuldigen die Worte ins Gesicht: „Die Mörder sitzen im Rosenkavalier." Die „Oper" ist aus und nun sitzen die Helden bei Gericht und feiern dort fröhlich ihre verruchte Tat. Der Dichter wird hier zum Richter.

E. B.

Else Lasker-Schüler trug auf Veranlassung des „Jungen Deutschland" im Kammerspielhaus am Sonntag mittag ihre Dichtungen vor. Wenn sie voller Inbrunst ihren „Abigail" singt, dann wird im Zuhörer der ganze alte Orient lebendig. Else Lasker-Schüler bringt den Sternen näher und erfüllte die Hörer mit Dankbarkeit, besonders auch bei ihren Trauergesängen an Peter Baum, Trakl oder Franz Marc.

Else Lasker-Schülers Schauspiel „Die Wupper", das jetzt hin im Deutschen Theater zur Uraufführung gelangte, ist soeben im Verlage von Paul Cassirer in zweiter Auflage erschienen. Die Ausgabe bildet den ersten Band der Gesammelten Schriften der Dichterin.

Armin T. Wegner wird am 14. Mai, abends 8 Uhr, im Harmoniumsaal „Musik der Zeit", eigene Dichtungen aus den Tagen des Krieges und der Revolution lesen. (Karten bei Wertheim.)

Ludwig Hardt, der Dienstag, 13. Mai, 7½ Uhr, Meister-Saal, noch einmal: Prosa und Verse von Storm, Klaus Groth, Liliencron, Timm Kröger spricht, wird demnächst seine Vortragsabende insbesondere vor Arbeitern wiederholen.

Das Graphische Kabinett J. B. Neumann, Kurfürstendamm 232, eröffnete am Sonnabend eine umfangreiche Ausstellung der Gemälde von Lyonel Feininger. Es ist die erste Gesamtschau dieses kubistischen Malers.

Die Operetten in der Trauerwoche. Der Verband Berliner Bühnenleiter teilt nach Rücksprache mit den Behörden mit, daß die Operettenbühnen, um eine gänzliche Schließung während der Landestrauer zu vermeiden, ihre auf dem Spielplan befindlichen Operetten mit Weglassung der Tänze und heiteren Stellen weiterspielen dürfen.

Die Hamburger Universität wurde am Sonnabend in Anwesenheit des Unterstaatssekretärs Dr. Becker als Vertreter der preußischen Regierung feierlich eröffnet.

Beantwortung für diese Gewaltakte des deutschen Militarismus ausdrücklich übernommen.

In Wirklichkeit setzen die französischen Sozialisten ihren Widerstand gegen den Gewaltfrieden fort, wie aus den folgenden durch das Wolffsche Telegraphen-Bureau verbreiteten Meldungen hervorgeht:

Versailles, 11. Mai.

„Humanité meldet: Der Ständige Geschäftsführende Ausschuß der Sozialistischen Partei hat Freitag abend beschlossen, die Prüfung der Friedenspräliminarien einem Ausschusse zu übertragen, der aus Albert Thomas, Frossard, Grenier, Longuet, Paul Louis, Loriot, Mistral, Poisson, Rappoport, Renoudel, Sembat und Severac besteht, und die sozialistische Gruppe des Parlaments um Entsendung von gleichfalls 12 Genossen in diesen Ausschuß zu ersuchen, welcher die Einzelheiten des Vertrages prüfen und Bedingungen eines schnellen und zweckmäßigen Handelns der Partei prüfen und festsetzen soll. Der Ausschuß wird bereits am 13. Mai abends zusammentreten.

Der sozialistische Seinneverband prüfte heute nachmittag in einer eigens zusammenberufenen Generalversammlung die durch die Versailler Präliminarien aufgeworfene bemmende Friedensfrage. Es wird beabsichtigt, gegen den Imperialismus der Ententeländer Einspruch zu erheben und Richtlinien für ein Vorgehen aufzustellen.

„Populaire" schreibt, die Entente wolle Deutschland, wie aus den Clemenceauschen Antworten hervorgehe, keinerlei Freiheit in der Erörterung der grundsätzlichen Bedingungen lassen. Die Haltung der Entente scheine noch gewalttätiger, als die Deutschlands in Brest-Litowsk. Das revolutionäre Rußland habe die erste Gelegenheit ergriffen, um den aufgezwungenen Gewaltfrieden abzuschütteln. „Populaire" schließt: Deutschland werde dem Beispiele folgen und wir werden zustimmen.

Klingt das nicht ganz anders, als der „Vorwärts" glauben zu machen sucht? Was der „Vorwärts" treibt, ist nationalistische Brunnenvergiftung.

Troelstra über die Friedensbedingungen.

Amsterdam, 12. Mai.

Wie „Telegraaf" aus Nymwegen meldet, hat Troelstra in einer Versammlung der dortigen sozialdemokratischen Arbeiterpartei eine Rede gehalten, in der mit Bezug auf die Friedensbedingungen sagte, die Vertreter des deutschen Volkes hätten vollkommen recht, wenn sie zu den ihnen in Paris übergebenen Bedingungen sagten, daß dieser Friede den Tod des deutschen Volkes bedeute. Troelstra erklärte, dieser Friede dürfe nicht zustande kommen, er bedeute eine Katastrophe, nicht allein für Deutschland, sondern für die gesamte Menschheit und sei die Vernichtung jeder Hoffnung auf allgemeine Abrüstung und die Vorbereitung für eine Zeit, in der alle Völker gezwungen werden, jedes Jahr die furchtbaren Lasten des Militarismus zu tragen. Der Völkerbund sei in der Form, in der er jetzt der Welt aufgezwungen werde, ein Hohn; er sei ein Bund der siegreichen Nationen, um den besiegten Nationen das Blut unter den Nägeln abzuzapfen und zu langer Unterjochung unter die Sieger zu zwingen. Derjenige, der wirklich den Frieden wünsche, könne diesen Völkerbund nicht annehmen.

Eine neue Ausrede?

Der „Vorwärts" behauptet in einem Artikel, in dem er die Frage „Ablehnen oder annehmen" offen läßt, dieser Friede sei der Tod aller Sozialisierung und aller Sozialpolitik.

Diese Behauptung ist Stumpfsinn. Sowohl Sozialisierung als Sozialpolitik bedeuten nach Auffassung aller Sozialisten Steigerung der Produktionsfähigkeit. Die sozialpolitischen Maßnahmen vermehren die Arbeitsfähigkeit, verhindern den Raubbau an der Arbeitskraft, bedeuten nicht Lasten, sondern Förderung der Produktion.

Die Sozialisierung bedeutet die Steigerung der Produktion durch ihre bewußte Regelung und zweckmäßigste Organisation, die eine Menge Unkosten und Konkurrenzausgaben erspart. Gerade weil der Friede ungünstig ist, muß die Sozialisierung durchgeführt werden, denn die deutsche Arbeiterklasse kann sich nicht mehr den Luxus leisten, für eine Anzahl Reicher Profite und Renten zu erzeugen.

Von dem Tod der Sozialisierung zu sprechen ist also völlig ungerechtfertigt und nur ein neuer Beweis dafür, wie die Rechtssozialisten nach immer neuen Ausreden suchen, um in der entscheidenden Frage des Sozialismus nichts zu tun.

Noch einmal: wer lügt?

Der „Vorwärts" muß in seiner heutigen Morgenausgabe eingestehen, daß er den Berichterstatter der „Neuen Berliner" zu Unrecht des Schwindels beschuldigt habe; indirekt bestätigt er, daß sich die Herren Landsberg und Giesberts so geäußert haben, wie der Berichterstatter gemeldet hat.

Noch einmal wird also festgestellt, daß das Dementi der R. P. K. einer Lüge entsprungen ist. Wiederum kann man erkennen, welchen Wert offiziöse Darstellungen haben.

Der Fall Döbbeke.

Der „Vorwärts" erhob in seiner Freitagmorgenausgabe schwere Angriffe gegen den Genossen Referendar Döbbeke-Allenstein, um dessen Maßregelung durch die Justizverwaltung Popanz zu machen. Was von diesen Beschuldigungen zu halten ist, geht aus nachfolgendem Schreiben des Genossen Döbbeke hervor, das dieser an den „Vorwärts" gerichtet hat:

„In Ihrer Morgenausgabe vom 10. Mai 1919 Nr. 237 erheben Sie unter dem Titel: Keine Maßregelung der Fall Döbbeke aufs neue schwerbeleidigende Anschuldigungen gegen mich, die teils ganz wahrheitswidrig, teils wahrheitsentstellend sind. Ich habe weder kleine noch große „Schiebungen" in Lebensmitteln oder anderen Waren gemacht. Ein Strafverfahren wegen Kettenhandels ist gegen mich nicht eingeleitet gewesen. Ich habe keinem „Vorgesetzten" Homosexualität vorgeworfen, sondern lediglich eine über einen Regierungsrat allgemein verbreitete Behauptung im Wahlkampf, in dem ich von dem Betreffenden in der verletzendsten Weise persönlich angegriffen worden war, wiedergegeben. Der Beschluß des Vollzugsausschusses 20. Armeekorps, durch den ich unbefugterweise ausgeschlossen wurde, ist von der nachfolgenden Delegiertenkonferenz aller Soldatenräte des 20. A.-K. wieder aufgehoben und der ganze Vollzugsausschuß dieserhalb seines Postens enthoben worden. Im übrigen stelle ich nochmals fest, daß die ganze sozialdemokratische Oeffentlichkeit beider Richtungen in Allenstein, vor deren Augen sich mein Fall abspielte, damals und auch heute für mich Partei ergriffen hat. Ein ordentliches Verfahren wird mir von der Justizbehörde verweigert.

Regierungsbildung in Lettland.

Libau, 11. Mai.

Nachdem die Verhandlungen über die Bildung eines neuen Koalitionsministeriums Ulmanis gescheitert sind, ist das bisherige nach dem Regierungssturz gebildete Ministerium zurückgetreten; und der Führer der lettischen Kleingrundbesitzer, Andreas Needra, hat ein neues Kabinett gebildet, das allerdings zunächst noch unvollständig ist. Eine Ergänzung durch Vertreter der bisher nicht beteiligten lettischen Gruppen, insbesondere wohl der Sozialdemokraten, ist vorgesehen, eventuell durch Wechsel einiger Personen. Grundsätzlich sollen von den zwölf Sitzen acht mit Letten besetzt werden, drei mit Balten, einer mit einem Vertreter der jüdischen Minderheit. Das vorläufige Kabinett soll nach einer Ankündigung Needras die auswärtige Politik unverändert fortsetzen.

Die Folgen des Staatsstreiches in Lettland.

Von einem lettischen Genossen wird uns geschrieben:

Wie das vor einigen Tagen veröffentlichte Telegramm des Stadthauptes von Libau beweist, hat der deutsche Staatsstreich die Zivilbevölkerung Libaus dem Hungertode ausgeliefert. Die Amerikaner haben die begonnene Mehlverteilung eingestellt, weil ihre Regierung das Kabinett Needra-Vorkowsky nicht anerkennt. Die Brotpreise sind kolossal gestiegen; die Verteilung auf Karten ist eingeschränkt worden und die Wochenration beträgt 2 russische Pfund pro Kopf. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung wächst. Die beiden offiziellen Blätter versuchen dabei die Schuld an Brotmangel der Stadtverwaltung, in welcher die Sozialdemokraten in der Mehrheit sind, in die Schuhe zu schieben.

Das ist aber nicht alles. Die „Libausche Zeitung" vom 26. April weiß schon von Zusammenstößen zwischen den lettischen und deutschen Truppenabteilungen in Rudbahren und Wainoden zu erzählen. Eine lettische Patrouille hat hier 5 Offiziere der Landeswehr erschossen, was den General von der Goltz zum Eingreifen „mit eiserner Hand und ohne Schonung" veranlaßt hat. Wir lesen in der Abendmeldung vom 27. April des 6. Reservekorps Generalkommando Abt. Ia (Libau) folgende Nachricht:

„Zur Säuberung der Gegend Amboten-Rudbahren-Schrunden von marodierenden lettischen Zwangsmobilisierten und zur Feststellung des Rudbahrener Mordes marschierte am 26. April von Wainoden aus ein Detachement (Sturmbataillon des Freikorps Pfeffer und Abteilung des Grafen Medem) unter Führung eines Generalstabsoffiziers des Generalkommandos nach diesen Orten. Diese wurden ohne Kampf besetzt. In Rudbahren wurde einwandfrei die Kompagnie festgestellt, die auf Befehl die Ermordung der vier Deutsch-Balten und eines Reichsdeutschen ausgeführt hatte. Von den dort zurückgebliebenen lettischen Offizieren und Mannschaften wurden einige als Geiseln festgenommen. Das Detachement wird wieder zurückgezogen."

Bisher war in Lettland von „marodierenden lettischen Zwangsmobilisierten" nichts bekannt, ebensowenig wie über „gefährliche Bolschewisten hinter der Front". Die neue Regierung hatte diese letzteren schon entdeckt, bevor sie ans Ruder kam, und jetzt hat man es mit einem neuen „inneren Feind" — den marodierenden lettischen Truppen zu tun.

Eine falsche Meldung.

Haag, 11. Mai.

Das Korrespondenzbüro erfährt, daß der Bericht der „National News", nach dem der deutsche Kaiser ausgeliefert werden soll, vollkommen aus der Luft gegriffen ist. Die holländische Regierung hat allein aus den Zeitungen vernommen, daß der Kaiser ausgeliefert werden solle, hat jedoch keinen offiziellen Bericht empfangen. Es ist jetzt nur eine Frage zwischen der Entente und Deutschland.

Die Festsetzung der österreich-ungarischen Grenzen.

Paris, 11. Mai. (Havas.)

Diplomatischer Situationsbericht: Das Tagesergebnis von gestern war die Uebermittlung der beiden Schreiben Brockdorff-Rantzaus an Clemenceau. Der Rat der Vier hat entgegen der veröffentlichten Mitteilungen die Regelung der Fiumefrage noch nicht geprüft. Der Rat der fünf Minister des Aeußeren hat die Festsetzung der Grenze Oesterreich-Ungarns fast beendet und die Berichte der verschiedenen Kommissionen angenommen.

Politische Nachrichten.

Neue Unruhen in Aegypten. Nach einer amtlichen Meldung aus Kairo sind in Aegypten neue Unruhen ausgebrochen.

Die Rückkehr Wilsons nach Amerika. Nach einer „Temps"-Meldung wird Wilson am 15. Juni in Amerika eintreffen.

Der Mordprozeß in Moabit.

Zu Beginn der Verhandlung werden sowohl von dem Verteidiger als auch von dem Vertreter der Anklage einige Anträge gestellt, so z. B., den Geheimen Medizinalrat Dr. Straßmann zuzuziehen zur Beurteilung des Geisteszustandes von Runge, und den Geheimrat Dr. Bier zur Beurteilung der Schußverletzung.

Des weitern verliest der Vorsitzende den Brief eines Gefreiten Dickhäuser aus Neuruppin an den Führer der Garde-Kavallerie-Schützen-Division, den General Hofmann, in dem er in den devotesten Ausdrücken erklärt, daß er die Vorgänge vor dem Edenhotel im Falle Liebknecht sowohl wie im Falle Luxemburg mit angesehen habe. Daß er bereits im Februar seinem Rittmeister Frhr. v. Weidenfels das mitgeteilt und gebeten habe, als Zeuge vernommen zu werden. Daß er trotzdem seither in keiner Weise vernommen sei, und daß er darum ersuche, jetzt als Zeuge vernommen zu werden. Da der Vertreter der Anklage aber der Meinung ist, daß die Vorgänge vor dem Edenhotel bereits genügend aufgeklärt seien, beschließt das Gericht, den Zeugen nicht vorzuladen.

Da der Zeuge Grantke nicht rechtzeitig erschienen ist, wird vorerst der Zeuge Max Weber vernommen. Weber gehörte am Tage des Verbrechens zu der Wache des Edenhotels. Er wurde als Begleitmann zu dem Auto kommandiert, das Rosa Luxemburg fortschaffen sollte. Seine Vernehmung zieht sich sehr in die Länge. Er macht seine Aussagen stockend und langsam. Man merkt ihm an, daß er sich große Mühe gibt, nur die Wahrheit, nur das zu sagen, woran er sich mit aller Bestimmtheit erinnern kann. Der Verteidiger gibt sich große Mühe, ihn durch Kreuz- und Querfragen in Widersprüche zu verwickeln. Der Vertreter der Anklage ist offensichtlich bemüht, nur die Wahrheit zu erfahren. Die Fragestellung ist aber oft so wenig präzisiert, so kompliziert, daß der Zeuge offenbar manchmal den Sinn der Frage kaum versteht. Trotzdem ergibt die Aussage dieses Zeugen schwerwiegendes belastendes Material gegen Runge und vor allem gegen den Oberleutnant Vogel.

Der Zeuge hat deutlich gesehen, daß der Angeklagte Runge Rosa Luxemburg durch zwei Kolbenschläge niedergeschlagen hat. Er hat weiter gesehen, daß der Oberleutnant Vogel, auf dem Trittbrett des Autos stehend, aus nächster Nähe mit seinem Revolver auf Rosa Luxemburg geschossen hat. Der erste Schuß versagte, aber obwohl der Zeuge selbst dem Oberleutnant Vogel zurief: „Nicht schießen!", schoß dieser ein zweites Mal und traf Frau Luxemburg in den Kopf. Der Zeuge erklärt, daß durch den Körper der Getroffenen, die direkt neben ihm saß, ein Zucken lief, was beweist, daß Frau Luxemburg in dem Moment des Schusses noch lebte, und daß dieser Schuß erst ihren Tod herbeigeführt haben muß.

Der Zeuge berichtet weiter, wie er selbst mit geholfen hat, die Leiche Rosa Luxemburgs auf Befehl des Oberleutnants Vogel ins Wasser zu werfen.

Der Zeuge erkennt den Oberleutnant Vogel, obwohl dieser den Platz, den er bisher inne hatte und auf dem er am Sonnabend von dem Zeugen Grantke erkannt wurde, gewechselt hat. Er erkennt ihn wieder, obwohl nach seiner Aussage der Oberleutnant Vogel am Tage des Verbrechens keinen Bart getragen hat. Der Vertreter der Anklage sowohl wie der Vorsitzende bestätigen, daß der Schnurrbart, den der Oberleutnant Vogel bei seinen ersten Vernehmungen, also auch zur Zeit der Tat trug, so klein war, daß er kaum zu erkennen gewesen ist.

Nachdem die Vernehmung des Zeugen beendet ist, wird der Angeklagte Vogel aufgefordert, dazu Stellung zu nehmen. Er bestreitet, die Tat begangen zu haben, behauptet aber, den Täter zu kennen und weigert sich, dessen Namen zu nennen. Der Vorsitzende redet ihm eindringlich ins Gewissen und rät ihm, den belastenden Zeugenaussagen gegenüber die Tat zu gestehen. Der Angeklagte Vogel gibt jetzt zu, daß seine bisherigen Aussagen zum größten Teil unwahr waren. Er bestreitet aber nach wie vor, der Täter zu sein und schiebt die Schuld auf den „Unbekannten", dessen Namen anzugeben er sich weigert.

Gewerkschaftliches.

Stillegung der Berliner Personenschiffahrt.

Am 7. Mai entließ die „Stern"-Gesellschaft einen großen Teil ihrer Angestellten, weil ihr die Kohlen durch den Reichskohlenkommissar gesperrt wurden. Diese kündigungslose Entlassung war natürlich unberechtigt und führte dazu, daß die gesamten Angestellten einmütig die Arbeit einstellten.

Der Verband der Binnenschiffer, dem das gesamte Personal angehört, wandte sich sofort an die maßgebenden Behörden, um die Sachlage klarzustellen. Am 8. Mai fand dann im Gewerkschaftshaus eine Versammlung, die vom Verband der Binnenschiffer einberufen war, statt. Der zweite Vorsitzende des Verbandes der Binnenschiffer, Dyrlich, erstattete Bericht über die Verhandlungen, die das Ergebnis gehabt hatten, daß am 9. eine Verhandlung vor dem Demobilmachungskommissar stattfinden sollte, an der eine Kommission der Angestellten, eine Vertretung des Verbandes der Binnenschiffer und die Direktion teilnehmen sollte. Diese Verhandlungen haben ein befriedigendes Resultat noch nicht gezeitigt und die Möglichkeit der völligen Einstellung der Personenschiffahrt besteht noch.

Die plötzliche Entlassung der Mannschaften ist aber auch im Zusammenhang mit der Organisationsfrage der Schiffsmannschaften zu bringen.

Die „Stern"-Gesellschaft hatte sich bisher geweigert, den Verband der Binnenschiffer anzuerkennen und wollte einen Vertrag mit dem Transportarbeiterverband abschließen, der jedoch nicht ein einziges Mitglied im Betrieb hat. Bekanntlich haben die Binnenschiffer sich eine selbständige Organisation geschaffen.

Die Direktion hat nun eingesehen, daß der Schlag gegen den Verband der Binnenschiffer ins Wasser gefallen ist und erklärte sich bereit, sofort alle Mannschaften wieder einzustellen, worauf die Versammlung die Wiederaufnahme der Arbeit beschloß.

Die Filiale des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes hielt am 8. Mai ihre Generalversammlung ab, in der Genosse Jäckel einen fesselnden Vortrag über das „Rätesystem" hielt. Da dies so zeitgemäße Thema Anlaß zur Diskussion gab, wurde auf Antrag des Kollegen Drescher beschlossen, baldigst eine neue Versammlung einzuberufen zwecks allgemeiner Aussprache. Zur Generalversammlung des Zentralverbandes war eine Anzahl Kandidaten als Delegierte vorgeschlagen. Diese mußten ihre Stellung für oder gegen das Rätesystem, ebenso ihren Standpunkt, ob mit den Noskegardisten zusammen gearbeitet werden kann, den Mitgliedern klarlegen. Dabei kam es zu heftigen Auseinandersetzungen mit Rechtssozialisten.

Die Mitgliederversammlung Zweigverein Berlin und Vororte des Verbandes der Friseurgehilfen am 8. Mai beschloß, beim Magistrat die Einrichtung eines städtischen Facharbeitsnachweises für das gesamte Friseurgewerbe zu beantragen, da die Schaffung eines paritätischen Arbeitsnachweises bei den Arbeitgebern keinen Anklang findet. Dem Bericht der Lohnkommission, über die Verhandlungen mit den Arbeitgebern folgte eine lebhafte Debatte, in der zum Ausdruck kam, daß man die Verschleppungspolitik der Arbeitgeber nicht mehr begünstigen darf. Als endgültigen Termin für die Antwort der Arbeitgeber wurde der 15. Mai beschlossen. Die Versammlung war einmütig der Meinung, daß die Verhandlungen, die vier Monate dauern, zum Abschluß gebracht werden müssen.

Die **chemische pharmazeutische und Verbandsstoffbranche des deutschen Transportarbeiterverbandes** nahm in einer Versammlung zu dem kommenden Verbandstage in Stuttgart Stellung, der von dem Vorsitzenden Milthahn für sehr wichtig erklärt wurde, da auf ihm die beiden sozialdemokratischen Richtungen innerhalb des Verbandes um den Sieg ringen werden. Die Lohnbewegung der Verbandsmitglieder hat zu großen Erfolgen im verflossenen Quartal geführt, da der bezahlte Sommerurlaub und eine Lohnerhöhung bis zu 26 M. pro Woche durchgesetzt wurde. Für die Wahl zum Verbandstage wurde als Kandidat Milthahn mit großer Mehrheit der Anwesenden aufgestellt. Die Wahl der Delegierten selbst findet am 18. Mai durch Urabstimmung statt.

Die Arbeiterratswahlen bei Stock u. Co. in Marienfelde, die am Mittwoch stattfanden, haben das folgende Ergebnis gehabt: für die Liste der U. S. P. wurden 1285 Stimmen, für die Kommunisten 478 und für die Liste der S. P. D. 270 Stimmen abgegeben. Es sind danach gewählt 2 Unabhängige und ein Kommunist.

Kundgebung der Unabhängigen Sozialdemokratie

Dienstag, den 13. Mai, abends 7 Uhr

in 39 Versammlungen Groß-Berlins. Erscheint in Massen!

Aus dem Gemeindeleben.

Rudow. Die Gemeindevertretung beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung nach Erledigung der ersten Punkte der Tagesordnung mit der Feststellung des Haushaltsvoranschlages und der Verteilung des Steuerbedarfs sowie der Festsetzung der Kanalisationsgebühr für 1919. In der Geschäftsordnungsdebatte hierzu kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen, weil tags zuvor eine von den S. P. D.-Gemeindevertretern einberufene öffentliche Volksversammlung dem gesamten Gemeindevorstand das Mißtrauen ausgesprochen hatte und die Gemeindevertreter der S. P. D., denen sich die Demokraten anschlossen, demzufolge keinem Haushaltsvoranschlag mehr zuzustimmen glaubte. Im übrigen war wieder vorgesehen, die Bedürfnisse der Kirchenverwaltung aus Gemeindemitteln zu decken, wohingegen die Vertretung eine Befriedigung durch Kirchensteuer für richtiger hielt. Nachdem in vierstündiger Versammlung in diesem Sinne beschlossen wurde, trat auf Antrag eine viertelstündige Pause zwecks Besprechung über den Rücktritt des Gemeindevorstandes ein, nach deren Verlauf der gesamte Gemeindevorstand seinen Rücktritt erklärte. Hiermit war man einverstanden und genehmigte daraufhin den Etat. Für 1919 werden belastet, die Einkommensteuer mit 200 v. H. Zuschlägen — statt 100 v. H. —, die Grundwertsteuer mit 4 v. H. — statt 8 v. H. —, die Gewerbesteuer in den Klassen 3 und 4 mit 150 v. H. — wie im Vorjahr — und in den Klassen 1 und 2 mit 250 v. H. — statt 200 v. H.

Berlin-Britz. In der letzten Gemeindevertretersitzung wurde in zwei getrennten Wahlgängen der Schöffe Gutschmidt (S. P.) und unser Genosse Alfred Schröder (U. S. P.) mit 19 gegen 8 Stimmen der Bürgerlichen zum Kreistagsabgeordneten gewählt. Dem Zwange der Verhältnisse entsprechend, muß die Gemeinde den Strom für die Straßenbeleuchtung auch fernerhin von den Berliner Elektrizitätswerken beziehen, da wegen allzu großer Kosten des Kabelnetzes und mangels verschiedener Baustoffe der Vertrag mit der Stadt Neukölln, der schon 1918 in Kraft treten sollte, trotz günstigen Ausganges des Klageweges gegen den Kreisausschuß vorläufig nicht zur Ausführung gelangen kann. Wegen allgemeiner Preiserhöhungen verlangt die Berliner Elektrizitätsgesellschaft, anstatt wie früher 50 Pf. pro Kilowattstunde, jetzt 70 Pf. Die Gemeindevertretung stimmte notgedrungen dem neuen Tarif einstimmig zu. — Zwecks Regelung der Angestelltenverhältnisse zwischen Gemeindearbeitern und der Gemeinde wurde ein Tarifvertrag des Gemeindearbeiterverbandes, gültig vom 1. März 1919, einstimmig angenommen. Ein mehrmals zurückgestellter Dringlichkeitsantrag unseres Genossen wurde vom Gen. Alfred Schröder begründet und entwickelte eine mehrstündige Debatte. Die Rechtssozialisten stellten einen Abänderungsantrag und die Bürgerlichen einen ähnlichen, der der Noskegarde den Dank ausspricht. Der Antrag der Rechtssozialisten wurde angenommen. Er lautet: „Die Gemeindevertretung nimmt von den Maßregelungen, veranlaßt durch die Regierungstruppen Kenntnis. Sie verurteilt die Uebergriffe seitens dieser Truppen und hat das stärkste Interesse daran, daß Zustände herbeigeführt werden, die eine solche Wiederholung unmöglich machen. Sie möge dahin wirken, daß recht bald eines freien Staates würdige Rechtsgarantien geschaffen werden." Unsere Genossen enthielten sich der Abstimmung, weil dieser Antrag, gegenüber den unsrigen nicht weit genug ging und gerade die Verurteilung der Verhaftungen unserer Genossen vom Arbeiterrat usw. nicht enthielt. Alsdann wurde ein Ortsstatut über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe gemäß dem Vorgehen anderer Vorortsgemeinden einstimmig genehmigt. Ein Protest der Bürgerlichen, gegen die Aufhebung der höheren Mädchenschule, wurde auf Antrag des Gemeindevorstandes auch von der Gemeindevertretung abgelehnt. Die Erbschaft von 2900 Mark vom verstorbenen Gärtner Ferdinand Rese wurde der Gemeinde mit der Bedingung zur Verfügung gestellt, — einen Grabhügel und Denkmal zu setzen und auf zehn Jahre das Grab zu pflegen — dem wurde zugestimmt. Die „Lebensmittelverteilung durch Kleinhändler oder weitgehende Kommunalisierung der Lebensmittel bildete ebenfalls eine längere Debatte. Der bürgerliche Antrag, die Lebensmittelverkaufsstelle in der Hannemannstraße aufzulösen, wurde abgelehnt und der Antrag des Gemeindevorstandes, der für Beibehaltung und weiteren Ausbau der Verkaufsstelle sprach, wurde mit einem Zusatz — ob und wie weit der Kleinhandel zu berücksichtigen ist, bleibt späterer Beschlußfassung vorbehalten — angenommen.

Groß-Berlin.

Besteht eine Arbeitsscheu?

Unter diesem Titel hat der Direktor des Arbeitsnachweises der Stadt Berlin einen Vortrag gehalten, der sehr geeignet erscheint, jenes gehässige Geschwätz von den Faulenzern, die nicht arbeiten wollen, endlich zum Schweigen zu bringen. Der Redner machte ungefähr folgende Ausführungen:

In einer kürzlich stattgefundenen Sachverständigenkonferenz der Groß-Berliner Erwerbslosenfürsorge wurde erklärt, daß man „gegenwärtig von mangelndem Arbeitswillen unter den Arbeitslosen nicht mehr reden könne". Zur Zeit werden nur im Berliner Arbeitsnachweis 65 000—70 000 männliche und weibliche Personen kontrolliert, denen ungefähr 1500—1700 Nachfragen gegenüberstehen.

Die Leiterin der allgemeinen weiblichen Abteilung betonte ausdrücklich, daß Arbeitsunlust unter den Frauen und Mädchen nicht bestehe. Es fehle an Arbeitsgelegenheit. Dringend notwendig sei es, weiblichen Kräften angepaßte Notstandsarbeiten zu schaffen.

Die Arbeitgeber vieler Berufe wollten ungeübte Kräfte nicht anlernen, ebensowenig diejenigen einstellen, welche während des Krieges in einem anderen als ihrem gelernten Berufe tätig waren.

Mangel an Arbeitskräften gäbe es eigentlich nur bei der Hausangestelltenvermittlung. Alle, die während des Krieges Munition gearbeitet haben, entschlössen sich nur schwer, in den Hausdienst zurückzukehren. (Sehr begreiflich! Das wird sich nicht eher ändern, als bis die Hausangestellten den freien Arbeitern gleichgestellt werden.)

Für die Landarbeit gelte das gleiche wie für alle anderen Berufe. Arbeitswillige fänden sich genug, doch wollten die Landwirte keine ungeübten Leute anlernen. Auch scheitere die Vermittlung sehr häufig an der Unbestimmtheit der Lohn- und Unterkunftsverhältnisse.

Arbeitsunlust sei eigentlich nur bei jugendlichen Personen vorhanden, die bei ihren Eltern noch einen Rückhalt fänden.

Nach ausführlicher Darlegung der Verhältnisse in allen Berufen kam der Referent zu dem Schluß: „Die Berliner Arbeitslosen sind besser als ihr Ruf! Eine allgemeine Arbeitsscheu, wie sie als eigentliche Ursache der gegenwärtigen Zustände auf dem Arbeitsmarkt angenommen wird, ist in Wirklichkeit nicht vorhanden. Vielfach fehlt es an Arbeitsgelegenheit, um Leute zu beschäftigen, die des langen Wartens überdrüssig sind, und lieber arbeiten wollen, als sich unterstützen lassen. Wenn auch nicht geleugnet werden kann, daß unter der Masse der Erwerbslosen sich Personen befinden, die geflissentlich der Arbeit aus dem Wege zu gehen suchen, so ist ihre Zahl im Verhältnis zur Gesamtzahl der Arbeitslosen doch gering. Die Tatsache bleibt bestehen, daß der Hauptkern unserer Arbeiterschaft, die überwiegende Mehrzahl der Arbeitslosen, das gesunde Empfinden und den ehrlichen Willen in sich hat, zu arbeiten und ernstlich bemüht ist, durch den Arbeitsnachweis Arbeitsgelegenheit zu erlangen."

Nun aber fordern wir, jetzt eine Sachverständigenkommission einzusetzen zur Untersuchung, welche und wie viele Unternehmer sowohl Aufträge haben und das zur Ausführung nötige Material besitzen, aber trotzdem nicht arbeiten lassen. Diese Kommission muß sehr rasch ihre Feststellungen machen und gleichzeitig auch die Gründe für die Stillegung der in Betracht kommenden Betriebe angeben.

Vielleicht ergibt sich, daß bei entsprechender Lohnzahlung noch so manche Arbeitsgelegenheit zu finden ist, von der man heute nichts ahnt!

Eisenbahnunglück. Der schöne Sonntag hatte Hunderttausende Berliner hinaus in die freie Natur geführt. Die Eisenbahnzüge waren überfüllt. Auch Werder war wieder das Ziel vieler Berliner. Am Abend war der Andrang zu den Zügen ungeheuer. Viele standen auf den Trittbrettern, um nach Hause zu kommen. Zwischen Werder und Wildpark kam ein D-Zug vorbeigesaust. Eine Anzahl Leute wurde von den Trittbrettern herabgerissen; ein Teil soll getötet, ein anderer schwer verletzt worden sein. Wie groß die Zahl der Opfer ist, ist noch nicht bekannt.

Kraftwagenkontrolle. Auf Anordnung des Gouvernements [illegible] jetzt durch Patrouillen eine scharfe Kontrolle aller militärischen und privaten Personen- und Lastkraftwagen ausgeübt. Die Kontrolle ist unbedingt notwendig, um sowohl die der Heeresverwaltung gestohlenen Wagen wieder ergreifen zu können, um in Rücksicht auf den Mangel an Material zu verhindern, daß die Wagen zu anderen Zwecken als zu denen, zu denen sie [illegible] lassen sind, und von nicht zur Fahrt berechtigten Personen [illegible] werden. In mehreren Stadtteilen begegnen nun diese [illegible] oftmals der Feindschaft des Publikums. Es ist dies ein [illegible] bauerliches Verhalten, denn durch diese Kontrolle werden [illegible] gemeinheit ganz bedeutende Mittel erspart und den Vergnügungsfahrten mit fiskalischen Wagen ein Ende bereitet.

Oranienburg. Zu Kreistagsdelegierten wurden die [illegible] ordneten Schoof (U. S. P.) und Westphal (S. P. D.) gewählt.

Genosse Albert Rodmann, der in den Spandauer [illegible] betrieben beschäftigt war, bittet uns mitzuteilen, daß er [illegible] Julius Rottmann aus Neukölln, der in Spandau [illegible] gehörte, die die Schließung der Heereswerkstätten [illegible] nicht identisch ist.

Arbeiter-Samariterbund. Kolonne Groß-Berlin. Lehrstunde [illegible] nächste Woche: I. Abt.: Montag Melchiorstr. 13. II. Abt. [illegible] Usedom-Str. 23. III. Abt.: Donnerstag, Schöneberg, [illegible] IV. Abt.: Donnerstag, Charlottenburg, Kaiser-Friedrich-Str. [illegible] Abends 7½ Uhr: Vortrag und Uebungsstunde. Gäste haben [illegible] maligen freien Zutritt.

Aus den Organisationen.

Achtung 4. Kreis: Die Versammlung am Dienstag, den 13. [illegible] in der Brauerei Pfefferberg, Frankfurter Allee, [illegible] nicht [illegible]

Steglitz. Dienstag, den 13., abends 8 Uhr, findet in der Aula der Realschule am Stubenrauchplatz eine Oeffentl. [illegible] Thema: Die U. S. P. D. und der kommende Frieden.

Wilmersdorf. Die für heute abend einberufene Sitzung [illegible] Arbeiterrates findet heute nicht statt. Der spätere Termin [illegible] bekannt gegeben.

Neukölln. Montag, den 12. Mai, abends 7½ Uhr, [illegible] Richardstr. 35, für den 9. Bezirk öffentl. Versammlung [illegible] über das Rätesystem.

Stralau. Der zum 14. 5. angesetzte Zahlabend findet [illegible] 21. 5. statt. Gleichzeitig machen wir darauf aufmerksam, daß [illegible] Dienstag, den 13. 5., 7 Uhr, in der Alten Taverne [illegible] öffentliche Versammlung stattfindet mit dem Thema: „Die [illegible] bedingungen und die Aufgaben des sozialistischen Proletariats." [illegible] Bezirksleitung.

Briefkasten.

E. B. 51 und andere Lotteriespieler. Infolge des [illegible] Papiermangels können wir nicht daran denken, die Ziehungslisten der preußischen Klassenlotterie zu veröffentlichen. Aus gleichem Grunde müssen wir leider schon auf den Abdruck weit [illegible] Dinge verzichten.

K. W. Alle diese „Spenden", wie Hindenburgspende, [illegible] spende, Nationalspende für die Hinterbliebenen usw. sind [illegible] der niemals den Zwecken zugeführt worden, die für sie als [illegible] dienen mußten. Eine öffentliche Abrechnung ist auch noch nicht [illegible]

Wenzel. Wenn Sie glauben, daß Sie von der Verfügung [illegible] Freimachung von Arbeitsstellen durch Ausweisung [illegible] treffend, zu Unrecht betroffen werden, so veranlassen Sie [illegible] Arbeitgeber, daß er ein vom Arbeiter at Ihres Betriebes [illegible] gezeichnetes Gesuch um Entbindung von der Kündigungspflicht an [illegible] Demobilmachungsausschuß richtet. Ihnen selbst steht im Falle [illegible] Kündigung das Recht der Beschwerde beim Schlichtungsausschuß [illegible] Schlegelstr. 2 zu.

F. Sch. Wenn Sie derartige Fälle kennen, so machen Sie [illegible] Mitteilung mit genauen Angaben.

A. S. 99. Erheben Sie Beschwerde beim Schlichtungsausschuß [illegible] Schlegelstr. 2.

K. K. 69. Ihre Frau muß ein entsprechendes Testament machen [illegible]

J. D. Anspruch auf Entschädigung für die Urlaubstage [illegible] Sie nicht. Einen Antrag auf Erwerbslosenunterstützung können [illegible] stellen.

Anwerbung nach Japan. Auf vielfache Anfragen erwidern wir, daß bis auf weiteres Anwerbungen von Handwerkern nach Japan [illegible] geschlossen sind. Sollte sich ein derartiges Werbebureau [illegible] haben, so warnen wir vor ihm als einem Schwindelunternehmen [illegible]

B. Fch. Anonyme Zuschriften haben für uns keinen [illegible]

K. W. S. Sie müssen sich auf das für Sie zuständige [illegible] begeben, um Ihren Kirchenaustritt anzumelden und sofort zu [illegible] zu geben.

K. S. 100. Für das Material besten Dank. Wir behalten es uns zur gelegentlichen Verwendung zurück.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Wielepp, Neukölln. — Druck [illegible] Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — [illegible] Lindendruckerei und Verlagsgesellschaft m. b. H., Schiffbauerdamm [illegible]

U. S. P. D. Ortsgruppe Berlin-Wilmersdorf.

Dienstag, den 13. Mai, abends 7 Uhr:

Oeffentliche Volksversammlung

in der Aula der Oberrealschule am Seepark.

Thema: **Der Gewaltfriede und der revolutionäre Sozialismus.**

Referent: Genosse S. Aufhäuser.

Freitag, den 16. Mai, abends 7½ Uhr, in der Aula der Goetheschule, Münstersche Straße, Ecke Westfälische Straße.

Die Revolution in Berlin.

Lichtbilder-Vortrag des Genossen Hans Siemsen mit Originalaufnahmen aus den Berliner Straßenkämpfen.

Billets im Vorverkauf à 1 M. beim Vorstand und bei allen Funktionären der U. S. P. D., in der Freiheitsspedition Gieselerstraße 28, im Restaurant Piche, Paulsborner Straße 26, Restaurant Schilling, Naumburger Straße 21.

A. Hoffmann's Verlag G. m. b. H.
Berlin, Klementstr. 22[illegible]

Donnerstag erscheint:

Lenin: Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht.
Preis 1 Mk., Porto 10 Pf.

Bucharin: Programm der Kommunisten.
Preis 1,50 Mk., Porto 10 Pf.

Radek: Entw. d. Sozialismus v. d. Utopie z. Wissenschaft.
Preis —,40 Mk., Porto 5 Pf.

Man verlange Preisverzeichnis.

3 zuverlässige Botenfrauen

zum Austragen der „Freiheit" für sofort gesucht. Meldungen Schiffbauerdamm 19 III

Botenfrauen

werden sofort eingestellt. [illegible]

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirk Groß-Berlin.
Branche der Fahrstuhlführer und Portiers.

Achtung! Für alle Achtung!

in Kauf-, Waren-, Büro-, Geschäfts- und Industriehäusern beschäftigten Fahrstuhlführer und Portiers.

Die Versammlung am 14. Mai fällt aus.

Freitag, 16. Mai, abends 7 Uhr, bei Wegener, Stralauerstraße 30

gr. Branchenversammlung.

Tagesordnung:
1. Vortrag (technischer).
2. Diskussion.
3. Bericht von den Tarifverhandlungen.
4. Berufsfragen und Verschiedenes.

Kollegen! In Anbetracht der äußerst wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen aller Kollegen Ehrenpflicht. Um das bestimmte, pünktliche Erscheinen ersucht
Die Branchenleitung.

Alle Turn- und Sportgenossen, Radfahrer, Ruderer, Wanderer, Leicht- und Schwerathleten, Schachgenossen usw., die sich für den Vertrieb unseres

Sport-Organs

eignen, eventl. durch eigenhändigen Verkauf auf Sportplätzen, Verkehrslokalen der Sportvereine, Straßen usw., finden sich Dienstag, den 13. Mai in dem Verlag des „Arbeiter-Sport" ein.
Die Ausgabe erfolgt von 4 bis 7 Uhr nachm.

Arbeiter-Sport-Verlag
SO 16, Köpenicker Str. 108, Hof rechts, 1 Tr. r.
Telephon: Moritzplatz 6622.

Bekanntmachung.

Es wird eine geeignete Persönlichkeit aus dem Kaufmannsstande zur Leitung des vereinigten Lebens- und Futtermittelamtes der Gemeinde gesucht.

Für die Anstellung sind die gewerkschaftlichen Grundsätze der kaufmännischen Organisation maßgebend.

Bewerbungsgesuche mit Zeugnis-Abschriften und Gehaltsansprüchen bis zum 20. d. Mts. erbeten.

Alt-Glienicke, den 8. Mai 1919.

Der Gemeindevorsteher.

Für die Volkszeitung in Düsseldorf wird zum baldigen Eintritt ein tüchtiger

Redakteur

gesucht. Bewerber, die auch rednerisch befähigt sind, erhalten den Vorzug.

Bewerbungen mit Gehaltsansprüchen sind bis zum 20. d. Mts. an den Vorsitzenden der Preßkommission [illegible], Düsseldorf, [illegible], zu richten.

Der Sozialist.

(Früher Sozialistische Auslandspolitik).
Unabhängige sozialdemokratische Wochenschrift.
Herausgegeben von
Dr. Rud. Breitscheid.
Unter ständiger Mitwirkung von:
H. Block, H. Haase, K. Kautsky,
A. Stein, H. Ströbel u. a.

Abonnements vierteljährlich 3 Mk. Einzelnummer 30 Pf. Bestellungen sind aufzugeben bei der nächsten Postanstalt, bei den Spediteuren der Freiheit, oder in der Hauptexpedition derselben, Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19/IV.

Achtung. Tegel. Die Spedition [illegible] Str. 20 nach [illegible]

Dem Genossen Max Schumacher [illegible] nebst Frau [illegible] Glück- und Segenswünsche [illegible]

Wichtig für Gastwirte [illegible]

Wilhelm Schla[illegible] Berlin N, [illegible]

Großer Posten [illegible] und sonstige [illegible] zu verkaufen. [illegible]

Restaurant mit großem und kleinem [illegible] billig zu verkaufen [illegible] straße 23.

Inserate für den darauffolgenden Tag müssen [illegible] 4 Uhr, Sonnabends [illegible] Uhr nachm. [illegible] Expedition [illegible]